

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verkehr

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 16/9921

Gesetz zu dem Staatsvertrag zwischen dem Land Baden-Württemberg und dem Freistaat Bayern über die Planfeststellungen für die Maßnahmen „Verlegung der L 2310 neu/St 2315 bei Collenberg (Ortsteil Kirschfurt) mit Neubau einer Mainbrücke“ sowie „Ersatzneubau der Brücke über den Main bei Wertheim – Kreuzwertheim“

Beschlussempfehlung

Der Landtag wolle beschließen,

dem Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 16/9921 – unverändert zuzustimmen.

05. 03. 2021

Der Vorsitzende und Berichterstatter:

Karl Rombach

Bericht

Der Ausschuss für Verkehr hat in seiner 41. Sitzung am 5. März 2021 den Gesetzentwurf der Landesregierung – Gesetz zu dem Staatsvertrag zwischen dem Land Baden-Württemberg und dem Freistaat Bayern über die Planfeststellungen für die Maßnahmen „Verlegung der L 2310 neu/St 2315 bei Collenberg (Ortsteil Kirschfurt) mit Neubau einer Mainbrücke“ und „Ersatzneubau der Brücke über den Main bei Wertheim – Kreuzwertheim“, Drucksache 16/9921 – beraten.

Die Sitzung des Verkehrsausschusses fand als hybride Sitzung statt (Sitzungssaal im Haus des Landtags und als Videokonferenz).

Der Minister für Verkehr erklärt, mit dem vorliegenden Gesetzentwurf solle die Zustimmung des Landtags zu einem Staatsvertrag zwischen Baden-Württemberg und Bayern erfolgen, bei dem es um die Verlegung der L 2310 neu/St 2315 bei Collenberg mit Neubau einer Mainbrücke und den Ersatzneubau der Brücke über den Main bei Wertheim–Kreuzwertheim gehe. Der Freistaat Bayern habe darauf

Ausgegeben: 21. 05. 2021

1

bestanden, dass diese gemeinsamen Projekte über einen Staatsvertrag abgewickelt würden. Der Freistaat Bayern übernehme bei den Projekten die Federführung, da er bei den Bauvorhaben höhere Kosten zu tragen habe. Die Einwände im Anhörungsverfahren zum Gesetzentwurf seien nicht erheblich gewesen; ihnen hätte begegnet werden können.

Ein Abgeordneter der Fraktion GRÜNE äußert, seine Fraktion stimme den Vorhaben zu.

Ein Abgeordneter der Fraktion der CDU bringt vor, seine Fraktion freue, dass diese Projekte nach so langer Zeit vorankämen.

Abstimmung

Der Ausschuss beschließt einstimmig, dem Plenum zu empfehlen, dem Gesetzentwurf Drucksache 16/9921 zuzustimmen.

11. 03. 2021

Rombach